



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm

Ausgabe 10 – März 2008

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

zu Beginn eines jeden Jahres finden in Deutschland zwei internationale Messen statt, bei denen sich alles ums Essen dreht: die Grüne Woche in Berlin und die Biofach in Nürnberg. Sowohl die Zahl der Aussteller, als auch die Besucherzahlen steigen stetig. Das funktioniert nur, weil hier aktuelle Trends aufgegriffen und einem breiten Publikum präsentiert werden. So darf es nicht verwundern, dass der Klimawandel auch im Ernährungssektor angekommen ist. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragten an ihrem Stand „Essen wir das Klima auf?“ In der Tat lohnt es sich mal darüber nachzudenken, welchen CO₂-Rucksack unsere Lebensmittel mit sich herumtragen. Fleisch heißt ja deswegen ‚veredelt‘, weil über den Tiermagen aus viel pflanzlichem Futter der Sonntagsbraten wird. Haben Sie mal darüber nachgedacht, wie viel Energie darin steckt? Oder in den Erdbeeren zu Weihnachten? Auch die Tiefkühlpizza hat es in sich: Vom Pizzabäcker wandert sie in die Truhe und bevor sie auf den Tisch kommt, muss sie zu Hause noch mal in die Röhre.

Nein, ich will Ihnen das Essen nicht vermiesen. Im Gegenteil: wer ein Bewusstsein dafür hat, wie wertvoll die Lebensmittel sind, die ihm Leib und Seele zusammenhalten, der weiß sie erst richtig zu genießen. Genuss ohne Reue bieten regional erzeugte saisonale Angebote aus dem ökologischen Landbau, denn die haben den kleinsten CO₂-Rucksack. Und der Sonntagsbraten mundet nur deshalb so gut, weil es ihn nicht schon seit Montag gibt.

Cornelia Behm

Landwirtschaft

Bleib mir vom Acker, Gentechnik!

Auch in diesem Jahr ist Brandenburg wieder Nr. 1 bei der Anmeldung von Flächen, die mit gentechnisch verändertem Mais bestellt werden sollen. Dass sich dem Mais noch die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora zugesellt, sollte unbedingt verhindert werden.

Die Anmeldefrist der Flächen für einen geplanten kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen endet laut Gentechnik-Gesetz drei Monate vor der geplanten Aussaat. Bisher ist in Deutschland nur der kommerzielle Anbau von gentechnisch verändertem Mais MON810 erlaubt. Mit Stand 6. Februar 2008 waren nach dem offiziellen Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bundesweit 4.349,41 ha auf 287 Flächen, in Brandenburg 2.028,71 ha auf 92 Teilflächen zur

Problem Genkartoffel

Bestellung angemeldet. Auch wenn erfahrungsgemäß davon auszugehen ist, dass mehr angemeldet als tatsächlich bestellt wird, ist Brandenburg doch wieder trauriger Spitzenreiter in der bundesweiten Statistik.

Als wäre das noch nicht schlimm genug, hat die Firma BASF auf EU-Ebene zwei Zulassungsanträge für die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora gestellt. Ein Antrag umfasst die Zulassung für den Anbau und die Verwendung der Kartoffel als Rohstoff für die industrielle Verarbeitung. In einem weiteren Antrag

soll die Verwendung der Kartoffel Amflora in Futtermitteln und als Verunreinigung bis 0,9 % in Lebensmitteln zugelassen werden.

Die Kartoffellinie Amflora wurde gentechnisch so verändert, dass sie eine spezielle Stärkezusammensetzung hat, die die Verarbeitung begünstigt. Außerdem enthält Amflora als Markergen ein Antibiotika-Resistenzgen, das gegen die Antibiotika Kanamycin und Neomycin Resistenz vermittelt. Sowohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als auch die europäische Arzneimittelbehörde EMA stufen die fragliche Antibiotikagruppe als relevant für die →



Gentechnik auf dem Feld:
Auch die Kartoffel ist betroffen.

Bleib mir vom Acker, Gentechnik!

Es gibt viele gute Gründe Brandenburgs Äcker gentechnikfrei zu machen. Zahlreiche Initiativen arbeiten daran. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützen das mit Aktionen und parlamentarisch.

(Fortsetzung von Seite 1)

→ Human- und Veterinärmedizin ein. Sie sei weltweit wichtig zur Behandlung von vielen Infektionskrankheiten und ein wichtiges Reserveantibiotikum. Zwar kam im Agrarministerrat keine ausreichende Mehrheit für die Anträge zustande, aber die EU-Kommission kann u.U. auch alleine über die Zulassungsanträge entscheiden.

In einer Kleinen Anfrage hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die Bundesregierung u.a. über die Umwelt-

und gesundheitliche Verträglichkeit der Kartoffel Amflora sowie nach nationalen Schutzmaßnahmen vor möglichen Gefahren befragt.

Die Skepsis gegenüber der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ist durchaus begründet. Lange wurden BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als wissenschaftsfeindlich hingestellt, doch je länger GVO in ihrer

Keine Koexistenz möglich

Wirkung auf die Umwelt beforcht werden, um so deutlicher wird die Erkenntnis, dass von der Gentechnik-Industrie viel versprochen aber wenig gehalten wird. So konnte

jüngst in Brandenburg nachgewiesen werden, dass Maispollen viel weiter fliegt, als bisher behauptet. Will man also vermeiden, dass bspw. bestimmte seltene Schmetterlinge von Bt-Maispollen geschädigt werden, müssen die Abstände

zu Naturschutzgebieten deutlich vergrößert werden. Aber natürlich auch die zu anderen Maisfeldern.

Viel wird über Koexistenz schwadroniert – friedliches Nebeneinander von GVO und traditionellen Kulturen. Dass das auch mit Kartoffeln nicht wirklich funktioniert, belegen Versuche in Mecklenburg-Vorpommern: Nach der Ernte der GVO-Kartoffel blieb eine erkleckliche Zahl der Knollen im Boden – zu Jedermanns Verfügung.

Waldpolitik

Forstreform bedeutet Personalabbau

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den von der schwarz-roten Landesregierung geplanten Abbau von 40 Prozent der Forstleute in Brandenburg ab. Denn für Waldumbau und nachhaltige Bewirtschaftung wird dringend geschultes Personal gebraucht.

Nur noch 1.530 Stellen soll es im Jahr 2015 in der Landesforstverwaltung geben. Bisher waren es 2.600. Hintergrund des Personalabbaus ist die Festlegung der Landesregierung, dass der Landeswald bis 2014 kostendeckend wirtschaften soll. Nur noch für die hoheitlichen Aufgaben und die Betreuung des Privatwaldes soll es einen Zuschuss geben, und zwar in Höhe von 42,4 Mio. Euro pro Jahr.

40 Prozent weniger Forstarbeiter

der Sache, sondern auf einer rein finanzpolitisch diktierten Vorgabe. Zuerst 40 Prozent der Stellen streichen, dann überlegen, wie das restliche Personal die Arbeit bewältigt – das ist ganz sicher der falsche Weg. Dieser Personalabbau geht an die Substanz. Er lässt sich weder durch Wegfall von Aufgaben begründen noch durch Rationalisierung auf-

fangen.

Ein solch gravierender Personalabbau ist keine Reform. Denn er beruht nicht auf einer Abwägung in

Der personelle Kahlschlag im Wald ist weder gegenüber den Beschäftigten und Waldbesitzern noch für den Wald zu

verantworten. Denn die Anforderungen an die Forstwirtschaft werden nicht etwa weniger, sondern mehr. Der Klimawandel bedroht auch den Wald. Deshalb wird der Aufbau stabiler, vielfältiger Forstkulturen immer notwendiger. In diesem Zusammenhang steigt gleichzeitig der Beratungsbedarf im Kleinprivatwald. Doch das alles ist mit immer weniger Personal nicht zu bewältigen.

Keine Frage – die Konsolidierung des Landeshaushaltes ist dringend notwendig. Gegen einen angemessenen

Einheitsforstämter nicht auflösen

ausforderungen zukommen. Zumal die Holzpreise aufgrund des Bioenergiebooms seit ein bis zwei Jahren deutlich steigen – die Holzproduktion also langsam in die Gewinnzone kommt. Offen ist, ob dies bei den Kalkulationen des Finanzministers bereits berücksichtigt ist.

Völlig unverständlich ist auch, dass das Land die Einheitsforstämter auflösen und aus einer Försterei zwei machen will: Die eine soll den Landeswald bewirtschaften, während die andere die hoheitlichen Aufgaben ausübt und den Privatwald berät. Dass dies zu einem effizienten Personaleinsatz beiträgt, ist doch sehr zweifelhaft. Denn dann müssen mehr Mitarbeiter als bisher das gesamte Revier kennen.

Personalabbau und Auflösung der Einheitsforstverwaltung zusammen werden zu deutlich größeren Revieren führen – zu groß, wie wir Grünen meinen. Denn die Landeswald-Reviere müssen sicherstellen, dass 270.000 ha Landeswald nach hohen ökologischen Standards bewirtschaftet werden. Auch die Reviere in denen die Förster „nur“ hoheitliche und gemeinwohlorientierte Aufgaben zu lösen haben werden viel zu groß sein, um wirkliche „Kundennähe“ zu gewährleisten. Darunter werden die Gemeinwohlleistungen leiden, soviel ist absehbar.

Wer baut die märkischen Kiefernwälder in Zukunft zu naturnahen Mischwäldern um?



Bessere Pläne für Brandenburg

Der Entwurf der Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP BB) weist erhebliche Mängel auf. An den Menschen vorbei sollen Grundsätze und Ziele der Verkehrsplanung, Siedlungsverdichtung und des Braunkohleabbaus für die Zukunft festgeschrieben werden.

Landesentwicklungspläne sind Instrumente zur Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung. Im Sommer 2007 billigten die Kabinette von Berlin und Brandenburg einen Entwurf für die beiden Länder.

Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr und Landesentwicklung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin-Brandenburg hatte Cornelia Behm zu einer Informationsveranstaltung über die Planungen eingeladen. Dort kamen zahlreiche Mängel zur Sprache, die Teil einer umfangreichen Stellungnahme wurden.

Bei der Zentrale-Orte-Planung ist die vorgesehene Verteilung der Mittelzentren im Land unausgewogen. Der ländliche Raum wird gegenüber dem Umland von Berlin

benachteiligt. Der Autoverkehr wird übermäßig bevorteilt. Beim Schienenverkehr agieren die Landesregierungen völlig konzeptlos. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit dem „Grünen Zielnetz 2020“ Vorschläge für einen attraktiveren und leistungsfähigeren Schienenverkehr in und um Berlin vorgelegt. Die Länder wollen stattdessen im Straßennetz unter naturschutzrechtlicher und verkehrsplanerischer Sicht sehr kritisch zu bewertende Trassen fortschreiben und landesplanerisch festlegen.

Im Speckgürtel von Berlin ist eine nahezu unbegrenzte Siedlungsverdichtung auf Kosten von Natur- und Erholungsräumen zu befürchten. Wenn zukünftig Kleingartenanlagen und Wochenendsiedlungen in Stadt und Umland beliebig in Siedlungs-

flächen umgewandelt werden können, werden den Menschen im städtischen Raum wohnungsnah Erholungsräume genommen.

Die Planungen zur Erweiterung des Braunkohleabbaus sind verheerend. Es drohen Zerstörung von Heimat, Natur und Kulturlandschaft sowie massiver Schaden für das Klima. Auf Behms Anregung wandten sich Vertreter der von Abbaggerung bedrohten Gemeinden Schenkendöbern und Proschim in Stellungnahmen an die Landesregierungen. Sie sehen ihre kommunale Planungshoheit in Gefahr.

Derzeit überarbeitet die Gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg die Pläne. Sie sollen im 2. Halbjahr 2008 als Rechtsverordnung festgesetzt werden.

Tourismus

Feriendorf für Tropical Islands

Die Planungen für ein Feriendorf und einen Campingplatz auf dem Gelände von Tropical Islands nähern sich dem Ende. Das Ferienhausunternehmen Novasol will etwa 400 Millionen Euro investieren.

Geradezu erschlagend ist die Größenordnung des Bauvorhabens: Im ersten Abschnitt sollen etwa 200 Ferienhäuser errichtet werden. Geplant sind zudem ein Hotel, ein Campingplatz sowie Sportanlagen. Gigantismus nach dem Tropical Islands-Prinzip. Dieser ist auch notwendig, ja er gehört sogar zum Konzept des Unternehmens. Denn weil aus Berlin und Brandenburg gar nicht so viele Besucher kommen können wie gebraucht werden, um den Badetempel aus den tiefroten Zahlen zu hieven, müssen Fernreisende angesprochen werden. Und die brauchen eben ein Feriendorf neben der ehemaligen Luftschiffhalle.

Ob der Tourismus im Landkreis Dahme-Spreewald davon profitieren wird, darf indes bezweifelt werden.

Nur schwer ist vorstellbar, dass die Gäste des Feriendorfes auch genüsslich das Biosphärenreservat Spreewald oder andere Reichtümer der Kulturlandschaft südlich von Berlin

durchstreifen werden. Denn wer für einen Badeurlaub im Tropenparadies bezahlt, für den ist Urlaubszeit auch Geld, und ein Tag abseits von Palmen ein verlorener Tag.

Umso verwerflicher ist es, dass die brandenburgische Landesregierung Steuergelder in dieses Geschäftsmodell pumpt. Zwar wird immer wieder betont, dass für den Ferienpark keine Fördermittel beantragt würden. Doch lässt sich getrost bezweifeln, dass es dabei bleibt. Denn weder der Investor noch die Landesregierung wird müde zu betonen, dass mit der Baumaßnahme eine eindeutige Verbesserung der touristischen Infrastruktur des Landes einhergehen wird – eine wichtige Voraus-



Neben der einstigen CargoLifter Halle soll ein Feriendorf entstehen.

setzung für die Unterstützung durch das Land sei also geschaffen.

Und was, wenn die Tropenhalle auch mit Feriendorf nicht aus der Verlustzone kommt? Dann steht in der Heide ein Feriendorf. Novasol kann die Häuser verkaufen und – sofern tatsächlich Fördergeld in das Projekt fließen wird – ein zweites Mal kassieren. Abwegig ist das nicht, haben sich doch Freizeitparks und Feriendörfer in freier Landschaft vielerorts bewährt. Das Tropical Islands-Prinzip nicht.

In Berlin...



... fand im Januar die Internationale Grüne Woche statt, auf der die Bundestagsfraktion traditionell mit einem Stand vertreten war. Unter dem Motto „Klimafreundlich essen“ wurden die Messebesucher über die nachhaltige Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln informiert. Besonders gut kam das Schaukochen an: Cornelia Behm zauberte eine leckere Putenbrust mit Kürbiskartoffeln und Käsesoße.

Der Reichstag...

... war exklusiver Veranstaltungsort für die Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen. Auf dem jährlichen Treffen der Initiative wurden die Erfordernisse eines effektiven Alleenschutzes in Brandenburg beraten.

Perleberg...

... war am 25. Februar Veranstaltungsort für eine Diskussionsrunde über die Hartz IV-Gesetze. Das Prignitzer Aktionsbündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit hatte Cornelia Behm eingeladen. Sie kritisierte vor allem die mangelnde Anpassung der Regelsätze an die wirkliche Lebenssituation der Betroffenen und forderte von der Regierung Verbesserungen für Familien mit Kindern und ältere Menschen.

In Cottbus...

... lud die Bundestagsfraktion zu einem Fachgespräch. Unter dem Motto „GRÜNDungsförderung“ berieten Cornelia Behm und ihr Fraktionskollege Peter Hettlich mit Fachleuten, wie eine zielgruppenspezifische und konsistente Existenzgründungsförderung in den neuen Bundesländern gestaltet werden muss. Nach wie vor gibt es in Ostdeutschland ein immenses Unternehmensdefizit.

Kein Fördergeld für Gigantismus

Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

2. April

Gesprächsrunde bei der Evangelischen Kirche zum Thema „Christsein in der Politik“
in Eberswalde

8. April

Vortrag zur Umweltpolitik bei der Deutsch-Polnischen Seniorenakademie
in Frankfurt/Oder

11. April

Cornelia Behm empfängt die MitarbeiterInnen des „Nationalparks Unteres Odertal“
im Bundestag

25. April

Konferenz Zukunftsfähige Energieaußenpolitik
im Bundestag

1.-4. Mai

die Bündnisgrünen auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung
in Paaren/Glien

25. Mai

Gottesdienst für einen „menschlichen Straßenverkehr“
in Segeletz

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

– Seite 1, 2, 3 und 4:
www.pixelio.de –
– Seite 3 (Rückblick):
www.gruene-bundestag.de –

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135
D – 13107 Berlin
Mail: service@wortschlag.net
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei Edmund Stein GmbH
Hegelallee 53
D – 14467 Potsdam

Robbenjagd

Alle warten darauf, dass das Gesetzgebungsverfahren über ein Import- und Handelsverbot für Robbenprodukte endlich weitergeht. Mehrere Bundesministerien haben etappenweise für langwierige Verzögerungen bei der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 19. Oktober 2006 gesorgt. Anstatt das Gesetz nun endlich zu beschließen, hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf erst noch einmal zur Prüfung nach Brüssel geschickt. Diese erneute Prüfschleife kann wieder Monate dauern. Die nächste Robbenjagdsaison im März wird dann längst begonnen haben.

Wasserrecht

Laut einer an der Universität Kiel angefertigten Dissertation verstoßen die in Brandenburg geltenden wasserrechtlichen Regelungen zur Finanzierung der Gewässerunterhaltung gegen Verfassungs- und Wasserrecht. Das untermauert die dringende Forderung der Bündnisgrünen nach einer Änderung des Wasserrechts. Es kann nicht richtig sein, dass diejenigen Landnutzer, die keinen Vorteil von der Unterhaltung der Entwässerungsgräben haben, genauso viel zahlen müssen wie diejenigen, denen die Wasserableitung nützt. Waldbesitzer zahlen hohe Beiträge für die Gewässerunterhaltung, obwohl sie an ihr keinerlei Interesse, sondern nur Schaden haben! Hier muss das Land dringend die Beiträge nach der Nutzung der Flächen differenzieren.

Verkehr

Schönefeld günstiger anbinden

Bei der Bahnanbindung des Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) in Schönefeld drohen Fehlplanungen mit erheblichen Folgekosten.

Schlimm genug, dass die Westanbindung des BBI per Bahn nicht mehr rechtzeitig bis zur Flughafeneröffnung im Jahr 2011 fertig wird, weil man die Klagen der Anwohnerinnen und Anwohner der Dresdner Bahn in Berlin-Lichtenrade nicht Ernst nahm. Bei der Ostanbindung sieht es nicht besser aus. Die geplante Bahntrasse durch den Bohnsdorfer Wald würde ein Naherholungsgebiet zerschneiden. Anwohner haben bereits Klagen angekündigt. Zu allem Überfluss soll die S-Bahn nach den bisherigen Planungen eine vermeidbare Schleife von acht Kilometern fahren.

Anstelle dieser Westumfahrung mit der S-Bahn sowie der Ostanbindung durch das Waldgebiet schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg und Berlin eine direkte

Führung der Gleise für S-Bahn, Regional- und Fernbahn parallel zur neuen Autobahn (A 113n) und direkt

Falsche Pläne für die Bahn zum Flughafen.

Bodenreform

Im Streit um die vom Land Brandenburg sittenwidrig erworbenen Bodenreform-Grundstücke ist eine konsequente Rückführung aller Flächen an die Erben der Neubauern unausweichlich. Das Land Brandenburg hat mit den Flächen der Neubauern eine Enteignungs- und Bereicherungspolitik betrieben. Es muss nun diese Flächen ohne Wenn und Aber an die Erben zurückgegeben. Geradezu eine Verhöhnung der Neubauererben ist dagegen die Forderung der CDU nach einer Einzelfallprüfung, um ‚Landesvermögen vor einer unbegründeten Herausgabe zu schützen‘. Statt weiter zu verzögern, sollte den Betroffenen schnellstmöglich zu ihrem Recht verholfen werden, fordert Cornelia Behm.

Biomasse

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck hat zu einer Diskussion über die Vor- und Nachteile der Biomasseproduktion aufgerufen. Bündnisgrüne Antwort darauf kann nur die Forderung nach Nachhaltigkeit sein. Denn der Biomassemarkt ist ein politischer Markt. Politische Instrumente, wie Biokraftstoffquotengesetz oder die Einspeisevergütung, zeigen es. Und deshalb ist auch die Politik am Zuge wenn es darum geht, mit den richtigen Regelungen die Biomasseproduktion und -nutzung nachhaltig und effizient zu gestalten. Wenn Ministerpräsident Matthias Platzeck meint, dass die Entwicklung in Brandenburg in die falsche Richtung geht, dann hat er offensichtlich seine Hausaufgaben nicht gemacht.

